

Niederschrift über die öffentliche konstituierende Sitzung des Stadtrates

am Dienstag, den 05.05.2020

im Onoldiasaal, Tagungszentrum Onoldia

| | |
|---------|-----------|
| Beginn: | 14:00 Uhr |
| Ende | 20:55 Uhr |

Anwesenheitsliste

Oberbürgermeister

Deffner, Thomas

Mitglieder des Stadtrates

Beyer-Nießlein, Elke

Bucka, Markus, Dr.

Danielis, Walter

Eff, Hans Jürgen

Erbguth-Feldner, Meike

Forstmeier, Werner

Görmer, Andreas

Hessenauer, Walter

Hillermeier, Joseph

Holzhäuer, Hans, Dr.

Homm-Vogel, Elke

Huber, Franz Xaver, Prof. Dr.

Hüttinger, Hannes

Illig, Richard

Kotzurek, Claus

Kupser, Paul, Dr.

Lintermann, Jochen

Lösch, Daniel

Meier, Johannes

Meyer, Boris-Andrè

abwesend ab TOP 1 nö.

Müller, Hubert

Pollack, Kathrin

Porzner, Martin

abwesend bei TOP 2 nö.

Raschke-Dietrich, Monika

Reisner, Frank

Rühl, Oliver

Salinger, Stefan

Sauerhammer, Gerhard

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- TOP 1 Vereidigung des Oberbürgermeisters
- TOP 2 Vereidigung der neu gewählten Stadtratsmitglieder
- TOP 3 Grundsatzklärungen
a) des Oberbürgermeisters
b) der Fraktionen/Gruppen
- TOP 4 Gemeindeverfassungssatzung (GVfS);
a) Beratung über weitere Bürgermeister/innen (Art. 35 Abs. 1 GO)
- rechtliche Stellung (§ 3 Abs. 2)
- Anzahl (§ 3 Abs. 1)
b) Beratung über weitere Stellvertreter/innen des Oberbürgermeisters (Art. 39 Abs. 1 S. 2 GO)
c) Beratung über Art, Umfang und Besetzung der Ausschüsse des StR sowie der Beschlussgremien der Zweckverbände, Kommunalunternehmen, GmbH's und sonstigen Gremien, an denen die Stadt Ansbach beteiligt ist
- Ausschussgröße (§ 4 Abs. 5)
- nach dem Verfahren Hare-Niemeyer (§ 6 bzw. § 7 Ziffer 1 GeschOStR)
d) Zusammenlegung von Umweltausschuss und Verkehrsausschuss; Antrag Bündnis 90/Die Grünen v. 16.04.2020
e) Soziales Ansbach - Bildung eines Sozialausschusses und -beirates (Antrag OLA v. 24.4.2020)
f) Sonstige Änderungswünsche der Fraktionen/Gruppen
g) Satzungsbeschluss über die Neufassung der GVfS rückwirkend zum 01.05.2020
- TOP 5 Wahl des/der weiteren Bürgermeister (Art. 35 Abs. 1 GO; § 3 GVfS);
a) Wahl des weiteren Bürgermeisters auf Vorschlag der Fraktionen/Gruppen
b) Wahl des zweiten weiteren Bürgermeisters auf Vorschlag der Fraktionen/Gruppen
c) Vereidigung
- TOP 6 Beschluss über Bestimmung des/der weiteren Stellvertreter/innen des Oberbürgermeisters (Art. 39 Abs. 1 Satz 2 GO)
- TOP 7 Geschäftsordnung Stadtrat (GeschOStR);
a) Bildung der Ausschüsse und Festlegung der Zuständigkeit
b) Zuständigkeiten eines neuen Umwelt- und Verkehrsausschusses (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)
c) Fraktionsbildung (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)
d) Akteneinsicht und Informationsrecht (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)
e) Einberufung des Stadtrats und der Ausschüsse (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)
f) Form und Frist der Einladung (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)
g) Behandlung von Anträgen (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)

- h) Form und Inhalt der Sitzungsniederschrift (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)
 - i) Soziales Ansbach-Bildung eines Sozialausschusses und -beirates (Antrag OLA)
 - j) Sicherstellung barrierefreier Sitzungen (Antrag OLA)
 - k) Sonstige Änderungswünsche der Fraktionen/Gruppen
 - l) Beschluss über die Neufassung der GeschOStR
- TOP 8 Besetzungsbeschlüsse;
- a) Besetzung der einzelnen Ausschüsse auf Vorschlag der Fraktionen/Gruppen
 - beschließende Ausschüsse (u.a. Ferienausschuss)
 - Rechnungsprüfungsausschuss; Bestimmung des Vorsitzenden und eines Stellvertreters (Art. 103 Abs. 2 GO)
 - b) Berufung der vom Stadtrat zu benennenden Vertreter/innen in die Beschlussgremien der Zweckverbände auf Vorschlag der Fraktionen/Gruppen
- TOP 9 Belehrung über das Steuergeheimnis (§ 30 AO)
- TOP 10 Bekanntgabe von Eilentscheidungen nach Art. 37 Abs. 3 GO
- TOP 11 Bebauungsplan Nr. HE 12 "für eine Teilfläche am Brandlesweg"
- 1) Bericht über die Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB und der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB
 - 2) Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB
- TOP 12 Hinweis nach § 29 Nr. 2 KommHV-K
- TOP 13 Einführung eines 365-Euro-Tickets im VGN
- TOP 14 Appell an die Vermieter Ansbacher Geschäfte und Gastronomien; Antrag ÖDP v. 27.4.2020
- TOP 15 Anfragen/Bekanntgaben
- TOP 16 Bekanntgabe des Wegfalls der Geheimhaltung der in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse (§ 37 GeschOStR)

Herr Seiler eröffnet als ältestes anwesende Stadtratsmitglied die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß und termingerecht zur konstituierende Sitzung des Stadtrates geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Vereidigung des Oberbürgermeisters

Den Diensteid des Oberbürgermeisters nimmt Herr Friedmann Seiler als ältestes anwesende Stadtratsmitglied (Art. 37 Abs. 1, 3 KWBG) ab.

Sodann erheben sich alle Anwesenden von den Plätzen.

Herr OB Deffner spricht die von Herrn Seiler vorgetragene Eidesformel nach.

Herr Seiler überreicht Herrn Deffner die Amtskette und wünscht alles Gute für die Arbeit zum Wohle der Stadt.

Herr OB Deffner bedankt sich bei Herrn Seiler für die Eröffnung der konstituierenden Sitzung.

TOP 2 Vereidigung der neu gewählten Stadtratsmitglieder

Herr Oberbürgermeister nimmt die Vereidigung der neugewählten Stadtratsmitglieder vor.

Er stellt fest, dass die neu gewählten Stadtratsmitglieder in der konstituierenden Sitzung des Stadtrats zu vereidigen sind und bittet folgende Damen und Herren in kleinen Gruppen zur Ablegung des Eides vorzutreten:

Ziegler Bernd (CSU)
Prof. Dr. Huber Franz-Xaver (CSU)
Görmer Andreas (CSU)

Erbguth-Feldner Meike (Bündnis 90/Grüne)
Rühl Oliver (Bündnis 90/Grüne)
Stein-Hoberg Sabine (Bündnis 90/Grüne)

Dr. Holzhäuer Hans (BAP)
Pollack Kathrin (SPD)
Walter Hessenauer (FW)
Schildbach Milan (Offene Linke)

Meier Johannes (AfD)
Lösch Daniel (AfD)
Danielis Walter (AfD)

Kotzurek Claus (Die Ansbacher)
Eff Hans-Jürgen (Die Ansbacher)

Die Stadtratsmitglieder sprechen mit erhobener Hand die Eidesformel nach, die ihnen der Oberbürgermeister vorgibt.

Der Oberbürgermeister wünscht den einzelnen vereidigten Stadtratsmitgliedern alles Gute für ihre Arbeit zum Wohle der Stadt.

| | |
|--------------|--|
| TOP 3 | Grundsatzserklärungen a) des Oberbürgermeisters b) der Fraktionen/Gruppen |
|--------------|--|

Herr OB Deffner trägt seine Grundsatzserklärung vor.

Anschließend folgen für die Grundsatzserklärungen der Fraktionen/Gruppen:

| | |
|-------|----------------------|
| CSU | Herr Schalk |
| GRÜNE | Frau Erbguth-Feldner |
| BAP | Herr Stephan |
| SPD | Herr Porzner |
| FW/AN | Frau Homm-Vogel |
| OLA | Herr Meyer |
| ÖDP | Herr Forstmeier |
| AfD | Herr Meier. |

| | |
|--------------|---|
| TOP 4 | Gemeindeverfassungssatzung (GVfS); a) Beratung über weitere Bürgermeister/innen (Art. 35 Abs. 1 GO) - rechtliche Stellung (§ 3 Abs. 2) - Anzahl (§ 3 Abs. 1) b) Beratung über weitere Stellvertreter/innen des Oberbürgermeisters (Art. 39 Abs. 1 S. 2 GO) c) Beratung über Art, Umfang und Besetzung der Ausschüsse des StR sowie der Beschlussgremien der Zweckverbände, Kommunalunternehmen, GmbH's und sonstigen Gremien, an denen die Stadt Ansbach beteiligt ist - Ausschussgröße (§ 4 Abs. 5) - nach dem Verfahren Hare-Niemeyer (§ 6 bzw. § 7 Ziffer 1 GeschOStR) d) Zusammenlegung von Umweltausschuss und Verkehrsausschuss; Antrag Bündnis 90/Die Grünen v. 16.04.2020 e) Soziales Ansbach - Bildung eines Sozialausschusses und -beirates (Antrag OLA v. 24.4.2020) f) Sonstige Änderungswünsche der Fraktionen/Gruppen g) Satzungsbeschluss über die Neufassung der GVfS rückwirkend zum 01.05.2020 |
|--------------|---|

zu TOP 4 a) und 4 b) Beratung über weitere Bürgermeister/innen (rechtliche Stellung, Anzahl), Beratung über weitere Stellvertreter/innen des Oberbürgermeisters):

Herr Nießlein erläutert, dass die Stadtverwaltung die bisherige Gemeindeverfassungssatzung überarbeitet hat. Diese liegt allen Stadträten im Entwurf vor.

Die Bürgermeister wären demnach weiterhin ehrenamtlich tätig. Wie bisher sind auch zwei weitere Stellvertreter laut Satzung vorgesehen. Außerdem wurden die männliche Sprachform „Oberbürgermeister“, die Zusammenlegung von Bau- und Werkausschuss und die Zusammenlegung von Umwelt- und Verkehrsausschuss berücksichtigt.

zu TOP 4 c) Beratung über Art, Umfang und Besetzung der Ausschüsse des StR (Ausschussgröße, Hare-Niemeyer-Verfahren):

Sodann müsse ein Beschluss über die **Größe der Stadtratsausschüsse** gefasst werden (15er Ausschüsse gem. § 4 Abs. 5 der GVfS).

Einstimmig beschlossen.

Anschließend bittet er um Abstimmung zur Festlegung des **Hare-Niemeyer-Verfahrens** (§ 6 GVfS bzw. § 7 Ziffer 1 GeschOSTR).

Einstimmig beschlossen.

Weiter wird über den Antrag der BAP vom 4.5.2020 abgestimmt, § 6 GVfS wie folgt zu ändern:

„Der Stadtrat beruft die von ihm zu benennenden Vertreter aus den Reihen der Stadtratsmitglieder für die Organe der Zweckverbände und Gremien, denen die Stadt Ansbach angehört, entsprechend Art. 33 Abs. 1 Satz 1 bis 4 GO in der jeweils festgelegten Zahl. **Eine Ausschussgemeinschaft ist hier nicht möglich.**“ Die Sätze 3 und 4 bleiben unberührt.

**Abstimmungsergebnis: Ja 32 Nein 8
Mehrheitlich beschlossen.**

Die CSU beantragt, die Anzahl der ehrenamtlichen **Mitglieder im Rechnungsprüfungsausschuss von 6 auf 7** zu erhöhen (§ 4 Abs. 5 GVfS).

**Abstimmungsergebnis: Ja 33 Nein 7
Mehrheitlich beschlossen.**

zu 4 d) Zusammenlegung von Umweltausschuss und Verkehrsausschuss:

Herr Kleinlein führt aus, dass die im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagene **Zusammenlegung von Umwelt- und Verkehrsausschuss** in den Vorschriften übernommen wurde. Die **Integration des Themas Klimaschutz** ist referats- und themenübergreifend und von überragender Bedeutung und bereits gut bei Ref. 3 angesiedelt. Die Auswirkungen aller Maßnahmen und Entscheidungen bezüglich des Klimaschutzes sollte im jeweils zuständigen Gremium diskutiert und beschlossen werden.

Anschließend folgt die Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

**Abstimmungsergebnis: Ja 11 Nein 29
Mehrheitlich abgelehnt.**

zu 4 e) Bildung eines Sozialausschusses und –beirates:

Zum Antrag der OLA vom 24.4.2020, einen **gemeinsamen Sozialausschuss und -beirat** zu bilden führt Herr Schenkelberg aus, dass es sich bei Ausschüssen um Beratungs- und Entscheidungsgremien handelt und bei einem Beirat um eine reine beratende Tätigkeit. Die Verwaltung schlägt vor, nur Vertreter solcher Einrichtungen mit Rederecht auszustatten, die Einrichtungen der Stadt Ansbach sind. Dies trifft im Gegensatz zum Integrationsbeirat und dem Beirat für Menschen mit Behinderungen aktuell nur auf den Seniorenbeirat zu. Eine entsprechende Regelung wurde in den Entwurf der GeschOStR aufgenommen (vgl. § 38 Ziffer 3).

Frau Erbguth-Feldner unterstützt den Antrag der OLA und erweitert ihn folgendermaßen: Der Senioren- und Integrationsbeirat, **die Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Ansbach**, sowie der Beirat für Menschen mit Behinderung der Stadt Ansbach erhalten jeweils einen beratenden Sitz im gemeinsamen Sozialausschuss und -beirat.

Die **Ergänzung der Aufgabenbereiche „Gesundheitsversorgung, Teilhabe, Inklusion und Integration“** hält die Verwaltung für nicht sinnvoll, da die Themen referatsübergreifend sind.

Die Forderung, der Sozialausschuss und –beirat **solle mindestens einmal pro Quartal zusammentreten**, ist nicht notwendig, da bei Beratungsbedarf jederzeit eine Sitzung einberufen werden könne.

Einem Vertreter des Seniorenbeirates im **Sozialausschuss ein Rederecht** einzuräumen, wurde in § 38 Ziff. 3 GeschOStR aufgenommen.

Abstimmung zum OLA Antrag vom 24.4.2020:

**Abstimmungsergebnis: Ja 13 Nein 27
Mehrheitlich abgelehnt.**

Durch die Ablehnung des Antrages der OLA ist auch die Erweiterung von Frau Erbguth-Feldner abgelehnt.

zu 4 f) Sonstige Änderungswünsche der Fraktionen/Gruppen

Herr Milan Schildbach beantragt in § 9 Abs. 1 GVfS die pauschalierte Entschädigung für ehrenamtlich tätige Bürger der Stadt, die nicht Mitglieder des Stadtrates sind, auf 25,00 Euro für jede Sitzung, an der sie teilgenommen haben, zu erhöhen. Die Entschädigung für die in § 9 Abs. 2 GVfS genannten Personen soll zudem auf 20,00 Euro angehoben werden.

Abstimmungsergebnis: Ja 14 Nein 26

Mehrheitlich abgelehnt.

Herr U. Schildbach möchte wissen, wann die letzte Erhöhung der Entschädigung war.

Nach kurzer Diskussion und Aussprache wird deutlich, dass man sich im Stadtrat eine Erhöhung der Entschädigungspauschale aber vorstellen kann.

Herr Forstmeier stellt den Antrag, den Entschädigungsbeitrag in beiden Absätzen auf 21,00 Euro zu erhöhen.

Nach Wiedereintritt in den Tagesordnungspunkt wird über den Antrag von Herrn Forstmeier abgestimmt (Erhöhung auf 21,00 Euro, § 9 Abs. 1 und 2 GVfS):

**Abstimmungsergebnis: Ja 37 Nein 3
Mehrheitlich beschlossen.**

zu 4 g) Satzungsbeschluss über die Neufassung der GVfS

Herr Deffner schlägt vor, der GVfS mit den in der heutigen Sitzung beschlossenen Änderungen zuzustimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den vorliegenden Entwurf mit den in der heutigen Sitzung beschlossenen Änderungen der Gemeindeverfassungssatzung.

Der Satzungsentwurf, der der Niederschrift beigelegt ist, ist Bestandteil dieses Beschlusses (Anlage 1).

Einstimmig beschlossen.

| | |
|--------------|---|
| TOP 5 | Wahl des/der weiteren Bürgermeisters (Art. 35 Abs. 1 GO; § 3 GVfS); a) Wahl des weiteren Bürgermeisters auf Vorschlag der Fraktionen/Gruppen b) Wahl des zweiten weiteren Bürgermeisters auf Vorschlag der Fraktionen/Gruppen c) Vereidigung |
|--------------|---|

Herr Nießlein erläutert kurz die allgemeinen Wahlgrundsätze und das Vorgehen bei der Bürgermeisterwahl. Er erklärt, dass nunmehr ein Wahlausschuss gebildet werden muss und schlägt von der Verwaltung Herrn Schenkelberg als Vorsitzenden für den Wahlausschuss vor. Für die CSU meldet sich Herr Sauerhöfer, für die GRÜNEN Herr Illig.

Dies Besetzung des **Wahlausschusses** wird **einstimmig** angenommen.

a) Wahl des weiteren Bürgermeisters auf Vorschlag der Fraktionen

Frau Erbguth-Feldner schlägt Herrn Dr. Schoen vor.

Herr Dr. Kupser schlägt Frau Homm-Vogel vor.

OB Deffner unterbricht die Sitzung zur Erstellung der Stimmzettel. Nach Wiederaufnahme der Sitzung ruft der Vorsitzende des Wahlausschusses, Herr Schenkelberg, in alphabetischer Reihenfolge zur Abgabe der Stimmzettel für die Wahl des weiteren Bürgermeisters auf.

Nach erfolgter Wahl und Auszählung der Stimmzettel gibt der Vorsitzende des Wahlhausschusses das Ergebnis bekannt.

Es wurden 40 Stimmzettel abgegeben. Die Auszählung ergab 40 gültige Stimmzettel.

Davon entfielen auf

Frau Homm-Vogel **26 Stimmen**,
Herrn Dr. Schoen **14 Stimmen**.

Damit ist Frau Homm-Vogel zur ersten weiteren Bürgermeisterin gewählt.

Auf Anfrage, ob sie die Wahl annimmt, antwortet Frau Homm-Vogel mit „Ja“ und bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

Herr OB Deffner gratuliert ihr zur Wahl.

b) Wahl des zweiten weiteren Bürgermeisters auf Vorschlag der Fraktionen

Herr Illig schlägt Herrn Dr. Schoen vor.

Herr Stephan schlägt Herrn Dr. Bucka vor.

Herr Uwe Schildbach schlägt Frau Pollack vor.

Frau Stadträtin Pollack teilt mit, dass sie sich nicht zur Wahl stellt.

OB Deffner unterbricht die Sitzung zur Erstellung der Stimmzettel. Nach Wiederaufnahme der Sitzung ruft der Vorsitzende des Wahlausschusses, Herr Schenkelberg, in alphabetischer Reihenfolge zur Abgabe der Stimmzettel für die Wahl des zweiten weiteren Bürgermeisters auf.

Nach erfolgter Wahl und Auszählung der Stimmzettel gibt der Vorsitzende des Wahlhausschusses das Ergebnis bekannt.

Es wurden 40 Stimmzettel abgegeben. Die Auszählung ergab 39 gültige Stimmzettel.

Davon entfielen auf

Herrn Dr. Bucka **26 Stimmen**,
Herrn Dr. Schoen **13 Stimmen**.

Damit ist Herr Dr. Bucka zum zweiten weiteren Bürgermeisterin gewählt.

Auf Anfrage, ob er die Wahl annimmt, antwortet Herr Dr. Bucka mit „Ja“ und bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen.
Herr OB Deffner gratuliert ihm zur Wahl.

c) Vereidigung

OB Deffner bittet Frau Homm-Vogel und Herrn Dr. Bucka nach vorne zu treten, um den Eid zu leisten. Die weiteren Bürgermeister leisten sodann den vorgesehenen Eid.

Herr OB Deffner wünscht den vereidigten Bürgermeistern alles Gute für ihre Arbeit zum Wohle der Stadt.

| | |
|--------------|--|
| TOP 6 | Beschluss über Bestimmung des/der weiteren Stellvertreter/innen des Oberbürgermeisters (Art. 39 Abs. 1 Satz 2 GO) |
|--------------|--|

Herr Nießlein erläutert, dass die Bestimmung der weiteren Stellvertreter/innen des Oberbürgermeisters nicht durch Wahl, sondern durch Beschluss erfolgt.

OB Deffner bittet um Vorschläge für die Position des/der ersten weiteren Stellvertreter/in des Oberbürgermeisters.

Herr Porzner schlägt Frau Pollack vor.
Herr Illig schlägt Frau Stein-Hoberg vor.
Herr Meier schlägt Herrn Dr. Schoen vor.

Herr Dr. Schoen gibt bekannt, dass er sich nicht zur Wahl stellt.

Mit 30 Stimmen wird Frau Pollack als erste weitere Stellvertreterin des Oberbürgermeisters bestellt.

OB Deffner bittet sodann um Vorschläge für die Position des/der zweiten weiteren Stellvertreter/in des Oberbürgermeisters.

Herr Schalk schlägt Herrn Schaudig vor.
Herr Meyer schlägt Herrn Milan Schildbach vor.

Mit 29 Stimmen wird Herr Schaudig als zweiter weiterer Stellvertreter des Oberbürgermeisters bestellt.

Auf Anfrage teilen Frau Pollack und Herr Schaudig mit, dass sie die Bestellung annehmen.

OB Deffner gratuliert Frau Pollack und Herrn Schaudig zur Wahl und bittet um eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Wohl der Stadt Ansbach.

| | |
|-------|--|
| TOP 7 | <p>Geschäftsordnung Stadtrat (GeschOStR);</p> <p>a) Bildung der Ausschüsse und Festlegung der Zuständigkeit</p> <p>b) Zuständigkeiten eines neuen Umwelt- und Verkehrsausschusses (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)</p> <p>c) Fraktionsbildung (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)</p> <p>d) Akteneinsicht und Informationsrecht (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)</p> <p>e) Einberufung des Stadtrats und der Ausschüsse (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)</p> <p>f) Form und Frist der Einladung (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)</p> <p>g) Behandlung von Anträgen (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)</p> <p>h) Form und Inhalt der Sitzungsniederschrift (Antrag Bündnis 90/Die Grünen)</p> <p>i) Soziales Ansbach-Bildung eines Sozialausschusses und -beirates (Antrag OLA)</p> <p>j) Sicherstellung barrierefreier Sitzungen (Antrag OLA)</p> <p>k) Sonstige Änderungswünsche der Fraktionen/Gruppen</p> <p>l) Beschluss über die Neufassung der GeschOStR</p> |
|-------|--|

zu TOP 7 a) Bildung der Ausschüsse und Festlegung der Zuständigkeit:

Herr Jakobs verweist auf die jedem Stadratsmitglied im Entwurf vorliegende GeschOStR. Die Verwaltung hat den Zuständigkeitskatalog entsprechend angepasst und mit Blick auf die Wertgrenzen insbesondere die Zuständigkeiten von Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss, Bau- und Werkausschuss sowie des Oberbürgermeisters überarbeitet. Anlage 1 der GeschOStR wurde an die neue Entgeltordnung angepasst.

Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde teilweise Rechnung getragen und ein **gemeinsamer Umwelt- und Verkehrsausschuss** gebildet, zum anderen wurde aus arbeitsökonomischen Gründen ein **gemeinsamer Bau- und Werkausschuss** gebildet.

Frau Stein-Hoberg beantragt aus dem § 9 Ziff. 2.1 GeschOStR die Aufgabe „Verkehrsplanung“ zu streichen und dem Umwelt- und Verkehrsausschuss zuzuordnen.

**Abstimmungsergebnis: Ja 6 Nein 34
Mehrheitlich abgelehnt**

zu TOP 7 b) Zuständigkeiten eines neuen Umwelt- und Verkehrsausschusses:

OB Deffner erläutert, dass das Thema Klimaschutz eine referats- und themenübergreifende Aufgabenstellung von überragender Bedeutung darstellt und deshalb nicht einem einzelnen Ausschuss zugewiesen werden kann. Vielmehr müssen die Auswirkungen aller Maßnahmen und Entscheidungen auf den Klimaschutz im jeweils zuständigen Gremium diskutiert und beachtet werden.

Anschließend findet die Abstimmung über folgende Punkte des Antrages (Aufnahme in § 9 bei Ziffer 4.0) statt:

4.3 *Umsetzung und Fortschreibung des Klimaschutzkonzepts, einschließlich der Klimafolgen für unsere Stadt,*

**Abstimmungsergebnis: Ja 11 Nein 29
Mehrheitlich abgelehnt.**

4.4 *Grundsatzfragen des ÖPNVs,*

**Abstimmungsergebnis: Ja 8 Nein 32
Mehrheitlich abgelehnt.**

4.5 *Angelegenheiten zur Umsetzung einer nachhaltigen, emissionsarmen Mobilität,*

**Abstimmungsergebnis: Ja 13 Nein 27
Mehrheitlich abgelehnt.**

zu TOP 7 c) Fraktionsbildung:

OB Deffner teilt mit, dass dies keine Angelegenheit des Stadtrates sei und auch nicht in der GeschOStR geregelt wird.

Frau Erbguth-Feldner zieht diesen Antrag zurück.

zu TOP 7 d) Akteneinsicht und Informationsrecht

Aus Sicht der Verwaltung sind die derzeitigen Regelungen bereits umfassend und ausreichend in der GeschOStR geregelt. Letztlich kann der Stadtrat jede gewünschte Akteneinsicht beschließen. Ausweitungen würden zusätzlichen Verwaltungsaufwand auslösen, der personell nicht abgedeckt ist.

**Abstimmungsergebnis: Ja 6 Nein 34
Mehrheitlich abgelehnt**

zu TOP 7 e) Einberufung

Herr Deffner informiert, dass die Festlegung des Beginns um 17.00 Uhr und der Endzeit um 21.30 Uhr nicht praktikabel ist. Zum einen müssen oftmals aus Fristgründen Entscheidungen getroffen werden, die nicht bis zur nächsten Sitzung vertagt werden können, zum anderen müsste der jeweilige Sitzungssaal stets für zwei Tage reserviert werden, was unnötig Raum- und Personalkapazitäten binden würde. Zudem könne ein Antrag auf Vertagung jederzeit gestellt werden.

**Abstimmungsergebnis zu Antrag 7 e) insgesamt: Ja 5 Nein 35
Mehrheitlich abgelehnt**

**Abstimmungsergebnis über Antrag zu Sitzungsende 21.30 Uhr: Ja 8 Nein 32
Mehrheitlich abgelehnt.**

zu TOP 7 f) Form und Frist der Einladung:

Herr Jakobs erläutert, dass die verlängerte Ladungsfrist zu Problemen beim Postversand führen würde. Insbesondere dann, wenn in der Woche vorher Ausschusswoche war.

Er schlägt folgende Formulierung in § 25 Ziff. 1 als neuen Satz 4 vor:

„Die elektronische Bereitstellung der Sitzungsunterlagen über das Ratsinformationssystem erfolgt mindestens vier Tage vor der Sitzung.“

Der Vorschlag der Verwaltung wird einstimmig beschlossen.

zu TOP 7 g) Behandlung von Anträgen

Herr Nießlein argumentiert, dass die eingegangenen Anträge an alle Stadträte mit der Ladung zur Sitzung versandt werden. Dies wird zur Vorbereitung auf die Sitzung als ausreichend erachtet und ist auch sinnvoll, da möglicherweise nicht alle Anträge in der nächsten Sitzung behandelt werden können. Darüber hinaus steht es den Antragstellern frei, ihre Anträge auch an die anderen Fraktionen zu versenden. Bezüglich der Frist zur Behandlung der Anträge führt er aus, dass diese Regelung für nicht notwendig erachtet wird.

Herr Porzner schlägt in diesem Zusammenhang vor, die eingegangenen Anträge sofort an die Fraktionsvorsitzenden weiterzuleiten.

Nach kurzer Diskussion und Aussprache werden folgende Abstimmungen getroffen:

Der Antrag, die eingegangenen Anträge an die Fraktionsvorsitzenden weiterzuleiten, wird **gegen 16 Stimmen abgelehnt**.

Der Antrag zur Bearbeitungsfrist der Anträge wird **gegen 7 Stimmen abgelehnt**.

zu TOP 7 h) Form und Inhalt der Sitzungsniederschrift

Der vorliegende Antrag zu Form und Inhalt der Sitzungsniederschrift **wird zurückgezogen**.

zu TOP 7 i) Bildung eines Sozialausschusses

Der Antrag hat sich mit Behandlung unter TOP 4 e) **erledigt**.

zu TOP 7 j) Sicherstellung barrierefreier Sitzungen

Herr OB Deffner verweist auf die Anpassung („in einem Sitzungssaal stattfinden, der für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen zugänglich ist“) in § 23 Ziff. 3 der GeschOStR.

In diesem Zusammenhang erklärt er, dass ihm für Sitzungen der Sitzungssaal im Bezirksrathaus vorschwebt und bittet Herrn Uwe Schildbach, mit Herrn Bezirkstagspräsidenten Kroder diesbezüglich Kontakt aufzunehmen und anzufragen, ob dieser grundsätzlich genutzt werden könne.

Herr Uwe Schildbach hat dies bereits getan und informiert, dass Herr Kroder sich sehr freuen würde, wenn die Stadt Ansbach den Saal nutzen würde.

zu TOP 7 k) Sonstige Änderungswünsche der Fraktionen/Gruppen

Hierzu sind keine Wortmeldungen vorhanden.

zu TOP 7 l) Beschlussfassung über die Geschäftsordnung

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt den vorliegenden Entwurf der Geschäftsordnung mit den in der Sitzung vorgenommenen Änderungen.

Der Entwurf, der der Sitzungsniederschrift beigelegt ist, ist Bestandteil des Beschlusses (Anlage 2).

Einstimmig beschlossen.

| | |
|--------------|---|
| | Besetzungsbeschlüsse; |
| | a) Besetzung der einzelnen Ausschüsse auf Vorschlag der Fraktionen/Gruppen |
| | - beschließende Ausschüsse (u.a. Ferienausschuss) |
| TOP 8 | - Rechnungsprüfungsausschuss; Bestimmung des Vorsitzenden und eines Stellvertreters (Art. 103 Abs. 2 GO) |
| | b) Berufung der vom Stadtrat zu benennenden Vertreter/innen in die Beschlussgremien der Zweckverbände auf Vorschlag der Fraktionen/Gruppen |

Herr Nießlein verweist auf die geänderte GVfS und den Beschluss, die Bildung von Ausschussgemeinschaften nicht zuzulassen. Die Verwaltung schlägt für die Besetzung der Ausschüsse einen sog. Verfahrensbeschluss der Gestalt vor, dass zur Besetzung jeden Ausschusses ein einziger Sammelbeschluss gefasst wird.

Bezüglich der Besetzung der Zweckverbände und sonstigen Gremien, denen die Stadt Ansbach angehört, sollte über jede Person (Mitglied bzw. Stellvertreter) hierzu einzeln abgestimmt werden.

Die Besetzungsvorschläge der Fraktionen wurden in einer Übersicht zusammengefasst und den Fraktionsvorsitzenden zu Beginn der Sitzung vorgelegt.

Anschließend folgt eine kurze Sitzungsunterbrechung zur Benennung der fehlenden Besetzungen.

In diesem Zusammenhang weist Herr Nießlein darauf hin, dass auch die Arbeitskreise der Stadt Ansbach wiederbesetzt werden müssen. Die Fraktionen erhalten eine Benachrichtigung, um welche es sich handelt.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erfolgt die Abstimmung und Beschlussfassung zu den Besetzungen.

Beschluss:

a) Der Stadtrat stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, über die Besetzung jedes einzelnen Ausschusses einen Sammelbeschluss zu fassen und bei der Besetzung der Zweckverbände und sonstigen Gremien, denen die Stadt Ansbach angehört, eine Einzelabstimmung durchzuführen.

b) Entsprechend dem Vorschlag der Fraktionen ergibt sich folgende Besetzung der einzelnen Gremien:

1. Ausschüsse des Stadtrats

a) Beschließende Ausschüsse:

Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss (Vors. + 15)

| | | |
|----------------------|------------------|---------------|
| Görmer (CSU) | Ziegler | Salinger |
| Sauerhöfer (CSU) | Schaudig | Schalk |
| Beyer-Nießlein (CSU) | Sauerhammer | Dr. Huber |
| Hillermeier (CSU) | Lintermann | Schalk |
| Illig (GRÜNE) | Dr. Schoen | Stein-Hoberg |
| Rühl (GRÜNE) | Stein-Hoberg | Dr. Schoen |
| Hüttinger (BAP) | Raschke-Dietrich | Dr. Bucka |
| Dr. Holzhäuer (BAP) | Stephan | Dr. Bucka |
| Porzner (SPD) | Müller | Pollack |
| Fabi (SPD) | Reisner | Pollack |
| Dr. Kupser (FW/AN) | Homm-Vogel | Hessenauer |
| Eff (FW/AN) | Kotzurek | Hessenauer |
| Meyer (OLA) | Schildbach M. | Schildbach U. |
| Seiler (ÖDP) | Sichermann | Forstmeier |
| Danielis (AfD) | Meier | Lösch |

Bau- und Werkausschuss (Vors. + 15)

| | | |
|----------------------|------------|----------------|
| Hillermeier (CSU) | Schaudig | Dr. Huber |
| Sauerhöfer (CSU) | Lintermann | Beyer-Nießlein |
| Sauerhammer (CSU) | Schalk | Görmer |
| Ziegler (CSU) | Salinger | Görmer |
| Dr. Schoen (GRÜNE) | Rühl | Illig |
| Stein-Hoberg (GRÜNE) | Illig | Rühl |
| Stephan (BAP) | Hüttinger | Dr. Holzhäuer |

Dr. Bucka (BAP)
Reisner (SPD)
Pollack (SPD)
Homm-Vogel (FW/AN)
Kotzurek (FW/AN)
Schildbach U. (OLA)
Forstmeier (ÖDP)
Lösch (AfD)

Raschke-Dietrich
Müller
Porzner
Dr. Kupser
Hessenauer
Meyer
Seiler
Danielis

Dr. Holzhäuer
Fabi
Fabi
Eff
Eff
Schildbach M.
Sichermann
Meyer

Personalaussschuss (Vors. + 15)

Beyer-Nießlein (CSU)
Görmer (CSU)
Hillermeier (CSU)
Sauerhöfer (CSU)
Stein-Hoberg (GRÜNE)
Rühl (GRÜNE)
Hüttinger (BAP)
Dr. Holzhäuer (BAP)
Porzner (SPD)
Fabi (SPD)
Dr. Kupser (FW/AN)
Hessenauer (FW/AN)
Schildbach U. (OLA)
Forstmeier (ÖDP)
Danielis (AfD)

Schalk
Ziegler
Salinger
Sauerhammer
Erbguth-Feldner
Illig
Raschke-Dietrich
Stephan
Müller
Reisner
Homm-Vogel
Eff
Schildbach M.
Seiler
Meier

Lintermann
Schaudig
Schaudig
Dr. Huber
Illig
Erbguth-Feldner
Dr. Bucka
Dr. Bucka
Pollack
Pollack
Kotzurek
Kotzurek
Meyer
Sichermann
Lösch

Umwelt- und Verkehrsausschuss (Vors. + 15)

Lintermann (CSU)
Salinger (CSU)
Sauerhammer (CSU)
Sauerhöfer (CSU)
Rühl (GRÜNE)
Erbguth-Feldner (GRÜNE)
Stephan (BAP)
Hüttinger (BAP)
Fabi (SPD)
Pollack (SPD)
Eff (FW/AN)
Hessenauer (FW/AN)
Meyer (OLA)
Sichermann (ÖDP)
Lösch (AfD)

Hillermeier
Görmer
Beyer-Nießlein
Ziegler
Dr. Schoen
Stein-Hoberg
Raschke-Dietrich
Dr. Holzhäuer
Reisner
Müller
Kotzurek
Dr. Kupser
Schildbach M.
Forstmeier
Meyer

Schaudig
Schalk
Schaudig
Dr. Huber
Stein-Hoberg
Dr. Schoen
Dr. Bucka
Dr. Bucka
Porzner
Porzner
Homm-Vogel
Homm-Vogel
Schildbach U.
Seiler
Danielis

Schul- und Kulturausschuss (Vors. + 15)

Beyer-Nießlein (CSU)
Dr. Huber (CSU)
Salinger (CSU)

Lintermann
Hillermeier
Ziegler

Schalk
Sauerhöfer
Görmer

Schaudig (CSU)
Dr. Schoen (GRÜNE)
Erbguth-Feldner (GRÜNE)
Raschke-Dietrich (BAP)
Stephan (BAP)
Müller (SPD)
Fabi (SPD)
Dr. Kupser (FW/AN)
Hessenauer (FW/AN)
Schildbach M. (OLA)
Sichermann (ÖDP)
Meier (AfD)

Sauerhammer
Illig
Stein-Hoberg
Dr. Bucka
Dr. Holzhäuer
Porzner
Reisner
Eff
Eff
Schildbach U.
Seiler
Lösch

Sauerhöfer
Stein-Hoberg
Illig
Hüttinger
Hüttinger
Pollack
Pollack
Kotzurek
Kotzurek
Meyer
Forstmeier
Danielis

Sportausschuss (Vors. + 15)

Hillermeier (CSU)
Lintermann (CSU)
Salinger (CSU)
Sauerhöfer (CSU)
Dr. Schoen (GRÜNE)
Erbguth-Feldner (GRÜNE)
Dr. Holzhäuer (BAP)
Raschke-Dietrich (BAP)
Müller (SPD)
Porzner (SPD)
Homm-Vogel (FW/AN)
Kotzurek (FW/AN)
Schildbach M. (OLA)
Sichermann (ÖDP)
Lösch (AfD)

Görmer
Schaudig
Beyer-Nießlein
Ziegler
Rühl
Stein-Hoberg
Stephan
Hüttinger
Reisner
Pollack
Hessenauer
Eff
Schildbach U.
Seiler
Danielis

Dr. Huber
Sauerhammer
Schalk
Sauerhammer
Stein-Hoberg
Rühl
Dr. Bucka
Dr. Bucka
Fabi
Fabi
Dr. Kupser
Dr. Kupser
Meyer
Forstmeier
Meyer

Ausschuss für Soziales (Vors. + 15)

Schalk (CSU)
Sauerhöfer (CSU)
Sauerhammer (CSU)
Schaudig (CSU)
Stein-Hoberg (GRÜNE)
Erbguth-Feldner (GRÜNE)
Dr. Holzhäuer (BAP)
Raschke-Dietrich (BAP)
Fabi (SPD)
Pollack (SPD)
Homm-Vogel (FW/AN)
Eff (FW/AN)
Schildbach M. (OLA)
Seiler (ÖDP)
Meier (AfD)

Lintermann
Hillermeier
Ziegler
Sauerhammer
Dr. Schoen
Illig
Dr. Bucka
Stephan
Müller
Porzner
Hessenauer
Kotzurek
Meyer
Sichermann
Lösch

Görmer
Beyer-Nießlein
Dr. Huber
Görmer
Illig
Dr. Schoen
Hüttinger
Hüttinger
Reisner
Reisner
Dr. Kupser
Dr. Kupser
Schildbach U.
Forstmeier
Danielis

b) Sondergesetzliche Ausschüsse:

Jugendhilfeausschuss (Vors. + 8 + 6 stimmberechtigte und 9 beratende Mitglieder)

| | | |
|-------------------------|------------------|---------------|
| Ziegler (CSU) | Görmer | Schaudig |
| Lintermann (CSU) | Sauerhöfer | Hillermeier |
| Erbguth-Feldner (GRÜNE) | Stein-Hoberg | Dr. Schoen |
| Dr. Holzhäuer (BAP) | Raschke-Dietrich | Stephan |
| Fabi (SPD) | Müller | Porzner |
| Eff (FW/AN) | Kotzurek | Homm-Vogel |
| Schildbach M. (OLA) | Meyer | Schildbach U. |
| Sichermann (ÖDP) | Seiler | Forstmeier |

Rechnungsprüfungsausschuss nach Art. 103 Abs. 2 GO (Vors. + 6)

| | | |
|------------------------|-----------------------------|-------------|
| Vorsitz: Görmer (CSU) | Stellvertreter: Sauerhammer | |
| Lintermann (CSU) | Schalk | Hillermeier |
| Forstmeier (OLA/ÖDP) | Seiler | Meyer |
| Rühl (GRÜNE) | Stein-Hoberg | Illig |
| Raschke-Dietrich (BAP) | Stephan | Dr. Bucka |
| Reisner (SPD) | Fabi | Porzner |
| Dr. Kupser (FW/AN) | Eff | Homm-Vogel |

Umlegungsausschuss (Vors. + 2)

| | |
|----------------------|-------------|
| Sauerhammer (CSU) | Hillermeier |
| Stein-Hoberg (Grüne) | Illig |

Ferienausschuss (Vors. + 15)

| | | |
|----------------------|----------------|------------------|
| Schalk (CSU) | Ziegler | Salinger |
| Sauerhöfer (CSU) | Beyer-Nießlein | Görmer |
| Schaudig (CSU) | Sauerhammer | Huber |
| Hillermeier (CSU) | Lintermann | Görmer |
| Stein-Hoberg (GRÜNE) | Dr. Schoen | Erbguth-Feldner |
| Illig (GrÜNE) | Rühl | Erbguth-Feldner |
| Stephan (BAP) | Dr. Bucka | Raschke-Dietrich |
| Hüttinger (BAP) | Dr. Holzhäuer | Raschke-Dietrich |
| Porzner (SPD) | Müller | Fabi |
| Pollack (SPD) | Reisner | Fabi |
| Hessenauer (FW/AN) | Homm-Vogel | Dr. Kupser |
| Eff (FW/AN) | Kotzurek | Dr. Kupser |
| Forstmeier (ÖDP) | Seiler | Sichermann |
| Schildbach U. (OLA) | Meyer | Schildbach M. |
| Danielis (AfD) | Meier | Lösch |

2. Gesellschaften (GmbHs)

a) Stadtwerke Ansbach GmbH

(Aufsichtsrat: OB + 1. BGM + 4 STR + 2 Thüga (Thüga entsendet 2 Stadträte))

OB Deffner

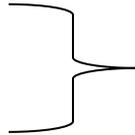
1. BGM Homm-Vogel

Beyer-Nießlein (CSU)

Illig (GRÜNE)

Hüttinger (BAP)

Müller (SPD)



Vertreter:

1. Lintermann (CSU)

2. Rühl (GRÜNE)

3. Dr. Holzhäuer (BAP)

b) AVVH - Ansbacher Versorgungs- und Verkehrsholding GmbH

(Aufsichtsrat: OB + 1. BGM + 8 STR)

OB Deffner

1. BGM Homm-Vogel

Beyer-Nießlein (CSU)

Sauerhöfer (CSU)

Illig (GRÜNE)

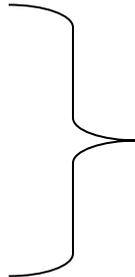
Hüttinger (BAP)

Müller (SPD)

Meyer (OLA)

Seiler (ÖDP)

Eff (FW/AN)



Vertreter:

1. Lintermann (CSU)

2. Stein-Hoberg (GRÜNE)

3. Dr. Holzhäuer (BAP)

c) ABuV - Ansbacher Bäder und Verkehrs GmbH

(Aufsichtsrat: OB + 1. BGM + 8 STR)

OB Deffner

1. BGM Homm-Vogel

Salinger (CSU)

Sauerhöfer (CSU)

Illig (GRÜNE)

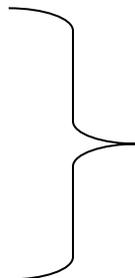
Stephan (BAP)

Müller (SPD)

Meyer (OLA)

Seiler (ÖDP)

Eff (FW/AN)



Vertreter:

1. Lintermann (CSU)

2. Rühl (GRÜNE)

3. Raschke-Dietrich (BAP)

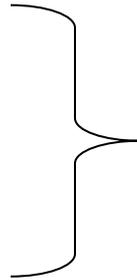
3. Kommunalunternehmen

a) awean - Abwasserentsorgung Ansbach

(Verwaltungsrat: OB + 2. BGM + 8 STR)

OB Deffner
2. BGM Dr. Bucka

Hillermeier (CSU)
Sauerhammer (CSU)
Illig (GRÜNE)
Hüttinger (BAP)
Reisner (SPD)
Meyer (OLA)
Forstmeier (ÖDP)
Eff (FW/AN)



Vertreter:

1. Ziegler (CSU)
2. Stein-Hoberg (GRÜNE)
3. Stephan (BAP)

b) ANregiomed

(Verwaltungsrat: OB + 5 STR)

OB Deffner – Vertretung: 1. BGM - 2. BGM

Schaudig (CSU)
Rühl (GRÜNE)
Stephan (BAP)
Porzner (SPD)
Hessenauer (FW/AN)

1. Vertreter:

Lintermann
Meyer, B.
Dr. Holzhäuer
Müller
Dr. Kupser

2. Vertreter:

Prof. Dr. Huber
Stein-Hoberg
Dr. Bucka
Reisner
Eff

4. Zweckverbände:

a) Sparkasse Ansbach

(Verbandsversammlung: OB + 6 STR)

OB Deffner – Vertretung: 1. BGM - 2. BGM

Sauerhöfer (CSU)
Sauerhammer (CSU)
Dr. Schoen (GRÜNE)
Stephan (BAP)
Porzner (SPD)
Kotzurek (FW/AN)

Vertreter:

Beyer-Nießlein
Schalk
Stein-Hoberg
Raschke-Dietrich
Müller
Eff

b) ZRFAN - Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Ansbach

(Verbandsversammlung: OB + 1 STR)

OB Deffner – Vertretung: 1. BGM - 2. BGM

| | |
|------------------|-------------------|
| | <u>Vertreter:</u> |
| Lintermann (CSU) | Sichermann (ÖDP) |

c) RPV - Regionaler Planungsverband Westmittelfranken

(Verbandsversammlung: OB)

OB Deffner

d) RPV - Regionaler Planungsverband Westmittelfranken

(Planungsausschuss: OB + 1 STR)

OB Deffner – Vertretung: 1. BGM - 2. BGM

| | |
|-------------------|-------------------|
| | <u>Vertreter:</u> |
| Hillermeier (CSU) | Rühl (Grüne) |

e) ABV - Zweckverband zur Abfallbeseitigung Stadt und Landkreis Ansbach

(Verbandsversammlung: OB + 3 STR)

OB Deffner – Vertretung: 1. BGM - 2. BGM

| | |
|-------------------|-------------------|
| | <u>Vertreter:</u> |
| Sauerhammer (CSU) | Hillermeier |
| Rühl (GRÜNE) | Meyer, B. |
| Hüttinger (BAP) | Stephan |

f) ABV - Zweckverband zur Abfallbeseitigung Stadt und Landkreis Ansbach

(Rechnungsprüfungsausschuss: 1 STR)

| | |
|-------------------|-------------------|
| | <u>Vertreter:</u> |
| Sauerhammer (CSU) | Rühl (Grüne) |

g) ZVSMM - Zweckverband Sondermüllentsorgung Mittelfranken

(Verbandsversammlung: OB)

OB Deffner

h) Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Gunzenhausen

(Verbandsversammlung: OB)

OB Deffner

i) Schulverband Burgoberbach

(Verbandsversammlung: OB)

OB Deffner

j) VGN - Zweckverband Verkehrsverbund Großraum Nürnberg

(Verbandsversammlung: OB)

OB Deffner

5. Beiräte

- **Berufsschulbeirat**

OB Deffner

- **Sanierungsbeirat (OB + 3)**

OB Deffner

Hillermeier (CSU)
Dr. Schön (GRÜNE)
Stephan (BAP)

Vertreter:
Ziegler
Stein-Hoberg
Raschke-Dietrich

- **Seniorenbeirat (2)**

Schaudig (CSU)
Illig (GRÜNE)

Vertreter:
Lintermann
Erbgut-Feldner

- **Naturschutzbeirat**

OB Deffner

- **Integrationsbeirat (3)**

Salinger (CSU)
Schildbach, M. (GRÜNE)
Raschke-Dietrich (BAP)

Vertreter:
Hillermeier
Erbgut-Feldner
Stephan

- **Aussiedlerbeirat Stadt und Landkreis Ansbach (OB + 1)**

OB Deffner

Vertreter:

Salinger (CSU)

Görmer

6. Kuratorium Bachwoche (OB + 3)

OB Deffner

Görmer (CSU)
Dr. Schön (GRÜNE)
Müller (SPD)

Vertreter:
Schaudig
Seiler
Dr. Bucka

7. Agentur für Arbeit

• Jobcenter Ansbach – Trägerversammlung (OB + 1)

OB Deffner
Sauerhöfer (CSU)

Vertreter:
Eff
Hüttinger

Schenkelberg (Verwaltung)

Jakobs (Verwaltung)

• Verwaltungsausschuss (2)

Schaudig (CSU)
Erbgut-Feldner (GRÜNE)

Vertreter:
Görmer
Stein-Hoberg

Einstimmig beschlossen.

TOP 9 Belehrung über das Steuergeheimnis (§ 30 AO)

Herr Jakobs teilt Folgendes mit:

Die Stadtratsmitglieder als Amtsträger haben das Steuergeheimnis zu wahren (§ 30 AO i.V.m. § 355 StGB).

Ein Amtsträger verletzt das Steuergeheimnis, wenn er

1. Verhältnisse eines anderen, die ihm

- a) in einem Verwaltungsverfahren, einem Rechnungsprüfungsverfahren oder einem gerichtlichen Verfahren in Steuersachen,
- b) in einem Strafverfahren wegen einer Steuerstraftat oder einem Bußgeldverfahren wegen einer Steuerordnungswidrigkeit,
- c) aus anderem Anlass durch Mitteilung einer Finanzbehörde oder durch die gesetzlich vorgeschriebene Vorlage eines Steuerbescheides oder einer Bescheinigung über die bei der Besteuerung getroffenen Feststellungen

bekannt geworden sind, oder

2. ein fremdes Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, das ihm in einem der in Nummer 1 genannten Verfahren bekannt geworden ist, unbefugt offenbart oder verwertet oder

3. nach Nummer 1 oder Nummer 2 geschützte Daten im automatisierten Verfahren unbefugt abrufen, wenn sie für eines der in Nummer 1 genannten Verfahren in einer Datei gespeichert sind.

Nach § 355 Abs. 1 StGB wird ein Amtsträger, der unbefugt Steuergeheimnisse offenbart oder verwertet, mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Auch derjenige, der unbefugt vom Bayer. Datenschutzgesetz geschützte personenbezogene Daten, die nicht offenkundig sind, unmittelbar und insbesondere übermittelt, zum Abruf bereithält, oder einem anderen verschafft, wird mit Geldbuße bis zu 25.000 Euro belegt. In schwereren Fällen kann mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Dient zur Kenntnis.

TOP 10 Bekanntgabe von Eilentscheidungen nach Art. 37 Abs. 3 GO

Herr Jakobs erklärt, dass folgende Eilentscheidungen in letzter Zeit getroffen wurden und nach Art. 37 Abs. 3 GO hiermit bekanntgegeben werden:

- Beschaffung eines Müllsammelfahrzeugs über die Fa. Mercedes Benz AG zum Preis von 51.950 €.
Für die Vergabe sind Haushaltsausgabereste (HAR) ausreichend vorhanden (HSt. 02.7201.9357).
- Vergabe von Sicherheitsdienstleistungen in den Bereichen Nbg. Str. 32 sowie Kulturzentrum am Karlsplatz an die Fa. Pro-Tect GmbH zum Preis von 94.892,52 €.
Für die HSt. 01.0800.6587 werden überplanmäßige Mittel i. H. v. 21.000 € benötigt.
- Anschaffung einer Medienschiene für die Staatl. Berufsschule I Ansbach im Rahmen des IFU-Förderbudgets zum Preis von 58.198,57 €.
Die Mittel sind vorhanden und stehen bei HSt. 02.2401.9353 zur Verfügung.
- Vergabe von Bauleistungen (Kleinbaumaßnahmen)
 - Louis-Schmetzer-Str. – Einmündung Stahlstraße und Fußgängerquerung
 - Röntgenstraße – Verlängerungan die Fa. Thannhauser aus Fremdingen zum Preis von 186.825,79 €.
Die Mittel sind vorhanden bei HSt. 02.6370.9507 bzw. 02.6369.9507 (HAR).

Dient zur Kenntnis.

| | |
|---------------|---|
| TOP 11 | Bebauungsplan Nr. HE 12 "für eine Teilfläche am Brandlesweg" 1) Bericht über die Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB und der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB 2) Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB |
|---------------|---|

Herr Büschl stellt den Bebauungsplan und den Sachverhalt anhand einer Präsentation vor. Im Einzelnen verweist er auf die umfangreiche Sitzungsvorlage:

Im Vollzug des Stadtratsbeschlusses vom 02.07.2019 fand in der Zeit vom 17.01.2020 bis zum 17.02.2020 die Offenlegung der Planunterlagen statt. Die Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange (TöB) wurden mit dem Schreiben vom 07.01.2020 zur Stellungnahme aufgefordert.

Im Rahmen der Offenlegung wurden zwei Stellungnahmen abgegeben. Die Stellungnahmen werden in der den Stadträten beiliegenden Abwägungstabelle behandelt. Die Anregungen werden ebenfalls in der den Stadträten beiliegenden Abwägungstabelle behandelt.

Alle Anregungen zum Bebauungsplan Nr. HE 12 „für eine Teilfläche am Brandlesweg“ wurden eingehend geprüft und abgewogen. Die im Rahmen der Offenlegung vorgebrachten Anregungen veranlassen Änderungen des Bebauungsplanentwurfes und der Begründung. Dabei handelt es sich nur um redaktionelle und klarstellende Änderungen zur Verdeutlichung der bisherigen Festsetzungen, inhaltliche Änderungen sind nicht veranlasst. Somit kann der Bebauungsplan Nr. HE 12 als Satzung beschlossen werden.

Von den Stellungnahmen wird Kenntnis genommen. Die Anregungen werden, wie vorgeschlagen, berücksichtigt. Der Bebauungsplan wurde entsprechend geändert.

Es besteht von allen Stadträten das Einverständnis, dass die Abwägungstabelle nicht im Einzelnen vorgetragen wird, es genügt das schriftliche Vorhandensein der Tabelle. Die Stadträte haben hiervon Kenntnis genommen.

Abschließend trägt Herr Büschl den Beschlussvorschlag vor.

Beschluss:

Der Bebauungsplan Nr. HE 12 „für ein Teilbereich am Brandlesweg“ in der Fassung vom 12.03.2020 wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Dazu gilt die Begründung vom 12.03.2020.

Einstimmig beschlossen.

| |
|--|
| TOP 12 Hinweis nach § 29 Nr. 2 KommHV-K |
|--|

Herr Jakobs trägt folgenden Sachverhalt vor:

Nach § 29 Nr. 2 KommHV-K ist dem Stadtrat unverzüglich zu berichten, wenn sich abzeichnet, dass der Haushaltsausgleich gefährdet ist. Bereits mit Schreiben bzw. Email vom 06.04.2020 sowie vom 23.04.2020 wurden alle Stadtratsmitglieder über die sich abzeichnende Haushaltslage in Kenntnis gesetzt.

Auf der Grundlage der Informationen des Städtetags sowie unter fortwährender Beobachtung der Gewerbebetriebe in der Stadt Ansbach geht die Stadtkämmerei derzeit von einer Verschlechterung des Haushalts aus, die im Volumen bis zu 15 Mio. € betragen kann. Dabei werden sowohl Gewerbesteuer, Einkommen- und Umsatzsteueranteile aber auch die Gebühren und Entgelte betroffen sein. Herr Bürgermeister Deffner hat daher einen beschränkten Haushaltsvollzug angeordnet.

Im Rahmen des beschränkten Haushaltsvollzugs werden derzeit alle Bauprojekte auf ihre Verschiebbarkeit hin überprüft. Ausgaben - auch solche in den Budgets und Deckungsringen - können derzeit nur dann geleistet werden, wenn sie zwingend notwendig und unabweisbar sind. Freiwillige Leistungen sind bis auf Weiteres grundsätzlich eingefroren. Dies betrifft alle Teilbereiche. Gleichwohl wird in Einzelfällen geprüft, inwieweit bei Mittelempfängern Liquiditätsengpässe bestehen. Hier wird versucht, mit den betroffenen Institutionen Lösungen zu finden. Hierbei wird mit den Betroffenen auch über mögliche Einsparpotentiale sowie die derzeit bestehenden Fördermöglichkeiten von Bund und Land gesprochen. Ausgezahlte Zuschüsse oder Teilzahlungen werden aufgrund des beschränkten Haushaltsvollzugs aber nicht zurückgefordert.

Weiter werden derzeit ein Haushaltskonsolidierungskonzept sowie ein möglicher Nachtragshaushalt vorbereitet. Der bayerische kommunale Prüfungsverband wurde zudem mit einer Überprüfung der kostenrechnenden Einrichtungen beauftragt. Haushaltsausgabereste stehen im Rahmen der Jahresrechnung zur Streichung an; die damit verbundenen Maßnahmen werden dem Stadtrat zur Neubewertung, Priorisierung und Planung der Ausführung in den kommenden Jahren vorgelegt.

Auch wurde die Inanspruchnahme von Kurzarbeit geprüft. Derzeit kommt dies nicht in Frage. So werden im Museum und anderen Einrichtungen zunächst Überstunden abgebaut. Andere Einrichtungen, wie die VHS sowie Musik- und Singschule sind weiter über zum Teil ausgebaute Online-Angebote im Einsatz. Hierfür zahlen auch die Nutzer. Wir wissen aber von städtischen Beteiligungen und auch Kultureinrichtungen, die intensiv das Thema Kurzarbeit prüfen.

Der Stadtrat wird über die weitere Entwicklung auf dem Laufenden gehalten.

Dient zur Kenntnis.

TOP 13 Einführung eines 365-Euro-Tickets im VGN

Herr Nießlein trägt den Sachverhalt und den Beschlussvorschlag anhand der Sitzungsvorlage vor.

Die Bayerische Staatsregierung strebt die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für einen Euro pro Tag an. In einem ersten Schritt sollen Schülerinnen, Schüler und Jugendliche in der Ausbildung vom vergünstigten ÖPNV profitieren.

Der Freistaat Bayern bietet gemäß Ministerratsbeschluss vom 8.10.2019 bei Einführung eines 365-Euro-Tickets die Übernahme von zwei Dritteln der hierdurch entstehenden Mindereinnahmen an. Zu einem Drittel müssen diese Mindereinnahmen der Verkehrsunternehmen von den kommunalen Aufgabenträgern ausgeglichen werden.

Der VGN beabsichtigt die Einführung des 365-Euro-Tickets zum 1.8.2020, um Schüler und Auszubildende frühzeitig an den ÖPNV heranzuführen. Hierfür läuft derzeit ein Umlaufbeschlussverfahren bei den Mitgliedern des zuständigen Grundvertragsausschusses des VGN. In diesem besteht das Einstimmigkeitsprinzip.

Entgegen den bisherigen Planungen, die Mindereinnahmen im Rahmen des regulären Verlustausgleichs (in Ansbach Kapitaleinlage in die Ansbacher Verkehrs- und Versorgungsholding GmbH [AVVH] zur Finanzierung der Verluste in der Ansbacher Bäder- und Verkehrsgesellschaft mbH [ABuV]) zu übernehmen, erfolgt die Finanzierung nun als Zuschuss über den VGN. Da der Verlustausgleich über den bestehenden öffentlichen Dienstleistungsauftrag erst in drei Jahren zu leisten gewesen wäre, entstehen im Jahr 2020 überplanmäßige Ausgaben.“

Nach einer Kalkulation des VGN kommen auf die Stadt Ansbach jährliche Mehrkosten von ca. 300.000 € zu. Für 2020 fallen ab September 100.000 € an, die überplanmäßig bereitgestellt werden müssten und im Rahmen der Jahresrechnung zu decken sind. Ab dem Jahr 2021 ist der Haushaltsansatz um 300.000 € zu erhöhen.

OB Deffner ergänzt, dass das 284-Euro-Ticket nur für den Ansbacher Stadtverkehr gelte und das 365-Euro-Ticket im gesamten VGN-Gebiet.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Einführung des 365-Euro-Tickets im VGN für Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende zum 1.8.2020 zu.

Für das Haushaltsjahr 2020 werden auf der Haushaltstelle 02.1871.9300 überplanmäßig 100.000 € bereitgestellt.

Einstimmig beschlossen.

| |
|---|
| TOP 14 Appell an die Vermieter Ansbacher Geschäfte und Gastronomien; Antrag ÖDP v. 27.4.2020 |
|---|

OB Deffner verweist auf den vorliegenden Antrag der ÖDP, der Stadtrat möge einen Appell an die Vermieter Ansbacher Geschäfte und Gastronomen richten, die Mietzahlungen für geschlossene Gasthäuser und Einzelhandelsgeschäfte während der Zeit der Schließung auszusetzen.

OB Deffner weist darauf hin, dass hier nicht originär die Verwaltung entscheiden könne und jeder Einzelfall geprüft werden müsse. Viele Eigentümer seien auch gar nicht Ansbacher Bürger und die Ermittlung der Eigentümerdaten wäre sehr zeitintensiv. Auf der städtischen Homepage der Stadt Ansbach wird bereits auf das digitale Händlerportal verwiesen. Hier finden Kunden unkompliziert und übersichtlich wer was während der Zeit der Einschränkungen anbietet.

Nach allgemeiner Aussprache besteht großes Einverständnis, auf der Homepage der Stadt Ansbach aufzurufen, durch Gutscheinkäufe die ortsansässigen Betriebe zu unterstützen.

Sodann erfolgt die Abstimmung über den Antrag der ÖDP vom 27.04.2020.

**Abstimmungsergebnis: Ja 6 Nein 34
Mehrheitlich abgelehnt.**

TOP 15 Anfragen/Bekanntgaben

Bekanntgaben

15.1 Reihung der Tagesordnungspunkte

OB Deffner gibt bekannt, dass ab sofort der Tagesordnungspunkt Anfragen/Bekanntgaben an erster Stelle der Tagesordnung stehen soll, um zu vermeiden, dass das Verwaltungspersonal unnötig Überstunden aufbaut. Die Referenten, die sonst keinen Tagesordnungspunkt haben, könnten somit die Sitzung wieder verlassen.

Dient zur Kenntnis.

Anfragen

15.2 Trink-Brunnen an der Riviera

Auf Anfrage von Herrn Schildbach sagt Herr OB Deffner zu, sich bezüglich der abgebauten Trinkwassersäule an der Riviera bei den Stadtwerken zu erkundigen.

OB Deffner und Herr Schildbach kritisierten den hohen Trinkwasserverbrauch durch den permanent sprudelnden Brunnen.

15.3 PFC-Schaden

Herr Meyer erkundigt sich nach dem aktuellen Stand PFC-Schaden Katterbach. Diesbezüglich sollte ein Gespräch mit der Stadt und dem Wasserwirtschaftsamt stattfinden, das aber wegen Corona ausgefallen ist. Er erkundigt sich nach der weiteren Vorgehensweise.

Herr Kleinlein informiert, dass das für März geplante Arbeitstreffen aufgrund der Corona-Pandemie nicht stattfinden konnte und eine entsprechende Verständigung per Telefon- oder Videokonferenz aufgrund der Anzahl der Teilnehmer, der Komplexität des Themas und der notwendigen Abstimmungen nicht möglich war. Die Abstimmung soll baldmöglichst nachgeholt werden.

15.4 Sitzungstermine Stadtrat

Auf Anfrage von Frau Homm-Vogel teilt Herr OB Deffner mit, dass die Termine für die Stadtratssitzungen und Ausschüsse im Mai bestehen bleiben. Ab Juni wird er den Stadträten einen neuen Sitzungsplan zukommen lassen. Er wird hier auch Rücksicht auf die Sitzungen des Landtages nehmen.

Dient zur Kenntnis.

| | |
|---------------|--|
| TOP 16 | Bekanntgabe des Wegfalls der Geheimhaltung der in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse (§ 37 GeschOStR) |
|---------------|--|

Die Geheimhaltung bleibt bestehen.

Dient zur Kenntnis.

Thomas Deffner
Oberbürgermeister

Birgit Schäff
Schriftführer/in